Nr. 122. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: M. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 13. März 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Zur Bewegung auf Kreta.

Im ungarischen Abgeordnetenhause ist gestern über die orientalische Frage interpellirt worden. Auf die Interpellation des Abgeordneten Horanszky betreffend Kreta, antwortete der Ministerpräsident Baron v. Banffy, daß, abgesehen von den Konflikten auf Kreta, deren Beilegung die Großmächte beschäftigt, auf der Balkanhalbinsel keinerlei Anzeichen aufgetaucht seien, welche Besorgnisse erwecken könnten; auch sei die Türkei heute dort stark genug, um im Falle des Auftretens solcher Anzeichen etwaige revolutionäre Bewegungen daselbst im Keime ersticken zu können. Im Uebrigen bezögen sich die Fragen Horansztys streng genommen auf die Frage des Status quo. Der Ministerpräsident glaubt, die gemeinsame Aktion der Mächte und die einhellige Erklärung der leitenden Staatsmänner habe in nicht mißzuverstehender und unzweifelhafter Weise festgestellt, daß es der festeste Entschluß und das ernsteste Streben der Großmächte sei, die Integrität des türkischen Reiches und des territorialen Status quo auf den Balkanhalbinseln unbedingt aufrecht zu erhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser übereinstimmende Wunsch der Kabinette sei zweifellos die höchste und sicherste Garantie dafür, daß mit der Aufrechthaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel auch Ruhe und Frieden unbedingt aufrechterhalten werden. Baron Banffy fährt fort: Ich glaube im Vorstehenden die gestellten Fragen erschöpfend genug beantwortet zu haben. Ich hoffe, daß sowohl das Haus wie die Interpellanten selbst diese Antwort zur Kenntniß nehmen werden, da der Interpellant in seiner einleitenden Rede erklärte, er habe zu unserer auswärtigen Politik Vertrauen. Die Thatsache, daß er meine, auf frühere, dieselbe Angelegenheit betreffende Interpellationen ertheilten Antworten zur Kenntniß genommen hat, sowie seine Erklärung, daß er gegen die Leitung unserer auswärtigen Politik keine Einwendung hat, gestatten mir, dies zu hoffen, umsomehr, als der Interpellant seine Interpellation auch damit begründete, daß in den Blättern Gerüchte auftauchen, welche sich auf den Bestand des Balkanbundes, ferner auf den Ausbruch des türkisch-griechischen Krieges beziehen. Ich bin nicht berufen, noch berechtigt, solchen Blättergerüchten gegenüber Stellung zu nehmen. Ich kann die Blätter weder einschränken, noch ihnen die Richtung geben, ich muß aber meinerseits speziell auf diese zwei angeführten Fragen erklären, daß ich von dem Entstehen eines Balkanbundes absolut keine Kenntniß habe. Was den Ausbruch eines Krieges betrifft, so glaube ich, daß bei den bisherigen Maßnahmen der Großmächte sowie auch laut meinen bereits bei einer früheren Gelegenheit abgegebenen Erklärungen die Bestrebungen sämtlicher Großmächte beweisen, daß die Mächte in weitestgehender Weise entschlossen und bestrebt sind, die Eventualität jedes Krieges unmöglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Abg. Horanszky erklärt, er nehme die Antwort des Ministerpräsidenten als vollständig erschöpfend und beruhigend zur Kenntniß. Die Antwort wurde vom ganzen Hause einstimmig zur Kenntniß genommen.

Die Antwort Banffys wiederholt im Allgemeinen Bekanntes; hervorgehoben sei, daß auch er bezüglich der Balkanstaaten keinerlei Befürchtungen hegt. Die friedliche Tendenz dieser Rede fand gestern auch in dem französischen Senate ein Echo. Auf eine Anfrage bezüglich der kretischen Angelegenheiten erwiderte dort der Minister des Aeußeren Hanotaux: „Die Regierung ist nicht in der Lage, sich gegenwärtig zu erklären, aber sie denkt am Beginne der nächsten Woche dem Parlament ihre Anschauungen und ihre Handlungsweise bekannt geben zu können. Die Politik der Regierung faßt sich in den Worten zusammen: Aufrechterhaltung des Friedens durch das europäische Konzert." (Beifall.)

Von Kreta selbst liegen auch heute nur sehr dürftige Nachrichten vor. Ueber London wird gemeldet, daß dem Vernehmen nach die Admirale der vereinigten Flotten empfohlen haben, jede Großmacht solle 1000 Mann Truppen zur Besetzung der Städte an der Nordküste Kretas entsenden, und aus Wien wird gemeldet, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Lage Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Rußland in der Auffassung übereinstimmen, mit Griechenland keine weiteren diplomatischen Unterhandlungen zu pflegen. England theile diesen Standpunkt, Italien habe dagegen keinen Widerspruch erhoben. Frankreich stimme zwar grundsätzlich zu, behalte sich aber die endgültige Entscheidung vor. Man glaubt jedoch nicht, daß Frankreich die Durchführung von Zwangsmaßregeln gegen Griechenland verhindern werde, schon wegen seiner Beziehungen zu Rußland. Wahrscheinlich ist eine internationale Besetzung Kretas mit einem von den Mächten ernannten provisorischen Gouverneur als Zivil- und Militärkommandant.

Kandia, 12. März. Korakas ist von Hierapetra nach der Spinalonga-Halbinsel am Meerbusen Mirabella, also quer durch die Insel von der Südküste zum Nordufer marschirt und hat gestern dort einige Ortschaften bombardirt. Die Türken sandten Nachts Boten nach Sitia, um vom Gouverneur in Kandia drahtlich Hülfe zu verlangen. Hierapetra ist von den Insurgenten in Brand gesteckt. Auf der Rhede von Kandia liegt nur der „Trafalgar".

Kanea, 12. März. (Meldung der „Agence Havas".) Nach den Erzählungen der aus Kandano hierher gebrachten Mohamedaner sind bei dem Zusammenstoße der europäischen Geleitmannschaften mit den Aufständischen sieben Aufständische verwundet worden, darunter zwei schwer.

Aus dem Reiche.

Von den fremden Höfen werden zur **Hundertjahrfeier** besondere Vertreter nach Berlin gesandt. Angemeldet sind bereits der Kronprinz von Rumänien, der Graf von Flandern, der Kronprinz von Schweden und Norwegen, der Herzog von Connaught, sowie ein besonderer Botschafter der Königin der Niederlande. Oesterreich wird durch den Erzherzog Friedrich vertreten sein. Ebenso werden aus Italien und Rußland Prinzen erwartet. Von den deutschen Fürstlichkeiten wird die große Mehrheit hier erwartet, obenan der Prinz-Regent von Baiern, die Könige von Würtemberg und Sachsen, die Großherzöge von Baden und von Sachsen-Weimar. Dagegen dürften der Großherzog von Oldenburg, der noch jüngst aus Anlaß des Kaisers-Geburtstages hier war, und die Herzöge von Sachsen-Meiningen und von Sachsen-Koburg-Gotha bei der Feier in Berlin fehlen. — Für den Festzug am 23. März, dessen Glanzpunkt der mit acht Pferden bespannte Triumphwagen der „Germania" bildet, wird die Letztere dargestellt von Frau Anna von Strantz-Führing. — Der Evangelische Oberkirchenrath in Preußen hat an die Konsistorien einen Erlaß gerichtet, dem zufolge im allgemeinen **Kirchengebete** des hundertjährigen Geburtstages des Kaisers Wilhelm I. gedacht werden soll. Eine gleiche Verfügung ist für das Königreich Sachsen ergangen. — Der **Straßburger Universitätsstreit** hat einen endgültigen Abschluß gefunden. Die anläßlich der Affaire Francois-Martin relegirten altelsässischen Studenten stud. jur. Ehrhart und stud. med. Luttwig wurden heute wieder immatrikulirt und unter die Studirenden der Universität Straßburg aufgenommen. — Der Bürgervorsteher Grumbrecht (Welfe) zu **Lüneburg** legte sein Mandat nieder, weil die städtischen Kollegien beschlossen, anläßlich der Zentenarfeier einen Platz Kaiser Wilhelmsplatz zu nennen. — Dem Landtag in Reuß j. L. ist eine Vorlage zugegangen, die das **Verbot der Verbindung politischer Vereine** unter einander **aufhebt.** Das Verbot wird in der Vorlage als „veraltet" bezeichnet. Daß der Landtag der Vorlage zustimmt, ist nicht zu bezweifeln.

Deutschland.

Berlin, 13. März. Der Seniorenkonvent des Reichstages trat gestern nach Schluß der Plenarsitzung zusammen. Man kam überein, die Hundertjahrfeier im Reichstage durch ein am Sonntag, 21. März, abzuhaltendes Festmahl zu begehen. Ueber die weitere Förderung der parlamentarischen Arbeiten machte man sich dahin schlüssig, daß in der zweiten Hälfte der nächsten Woche, unter der Voraussetzung, daß die Budgetkommission rechtzeitig zum Abschluß kommt, die zweite Berathung des Etats beendet, also vor der Hundertjahrfeier erledigt wird. Nach der Feier soll dann die dritte Lesung des Etats folgen, so daß dieser jedenfalls bis zum 1. April fertiggestellt wird. In den ersten Tagen des April sollen dann die Berathung der Novelle zum Invaliditätsversicherungsgesetz und kleinere Vorlagen, Petitionen 2c. die Zeit bis zu den Osterferien ausfüllen.

— Aus Bundesrathskreisen verlautet nach der „Freis. Ztg." jetzt immer bestimmter, daß die Absicht besteht, die Reichstagssession noch vor Ostern zu schließen, sobald der Etat festgestellt und das Handelsgesetzbuch angenommen ist.

— So populär die Marinevorlage ist, so ist sie doch immerhin keine Fahne, die einer Wahlbewegung voranflattern kann; es giebt eine größere Anzahl Reichstagswahlkreise im Binnenlande, in denen die Marinevorlage wenig zöge. Eine Auflösung aber, die den Reichstag nicht wesentlich anders zusammensetzen würde, ist nicht nur zwecklos, sondern auch geeignet, die Autorität der Regierung herabzusetzen. In den Thurm des Zentrums wird kaum groß Bresche zu legen sein; bleibt einzig und allein die sozialdemokratische Partei übrig, diese verfügt aber über eine Anzahl fester Sitze, deren Eroberung nur dann möglich wäre, wenn alle bürgerlichen Parteien fest geschlossen zusammenhielten; bei einem Wahlkampfe, der für die Marine geschlagen werden soll, ist dies natürlich ausgeschlossen. Wir halten darum die Nachricht für begründet, daß in den maßgebenden Kreisen gegenwärtig noch Niemand an eine Auflösung des Reichstages denkt. Die Parteien, die andere Mittheilungen verbreiten, verfolgen dabei egoistische, leicht durchsichtige Absichten.

— Die zur Berathung des Margarinegesetzes niedergesetzte Kommission des Reichstags nahm die ersten beiden Paragraphen des Gesetzes unverändert und den § 3 in folgender Fassung an: „Bei der gewerbsmäßigen Herstellung von Margarine oder Margarinekase ist nach näherer Bestimmung des Bundesraths ein die Erkennbarkeit der Waare mittels chemischer Untersuchung erleichternder, Qualität und Farbe nicht schädigender Körper zuzusetzen. Die Bestimmungen hierüber sind im Reichs-Gesetzblatt zu veröffentlichen. Das gewerbsmäßige Herstellen, Verkaufen und Feilhalten, sowie die Einfuhr von Margarine und Margarinekäse ohne diesen Zusatz ist verboten."

— Der vom Bundesrathe angenommene und dem Reichstage zugegangene Entwurf über das Auswanderungswesen ist dazu bestimmt, eine gesetzgeberische Aktion wieder aufzunehmen, die vor einigen Jahren ergebnißlos verlief. Ende November 1892 überreichte der damalige Reichskanzler dem Reichstage einen Auswanderungsgesetzentwurf, der Bestimmungen über die Unternehmer, die Agenten, über die Auswanderung im Allgemeinen, über die überseeische Auswanderung nach außereuropäischen Ländern im Besonderen, über die Beaufsichtigung des Auswanderungswesens und über die Beförderung von außerdeutschen Häfen aus enthielt. Der Entwurf fand damals so wenig Anklang im Reichstage, daß, trotzdem er bei Beginn der Tagung eingebracht war, das Präsidium auch nicht einmal den Versuch machte, ihn zur ersten Lesung zu stellen. Er erfuhr eine Berathung nicht, dagegen wurde bei der Etatsberathung der damaligen Tagung von verschiedenen Seiten kein Zweifel darüber gelassen, daß namentlich der polizeiliche Charakter des Entwurfs d. h. die Bestimmungen, wonach der Polizei eine Kontrolle über das Auswanderungswesen in weitestem Maße zugestanden wurde, die Abneigung gegen ihn hervorgerufen hätten. Diese Vorschriften nun dürften im neuen Entwurf einer durchgreifenden Aenderung unterworfen sein. Es wäre das also der Abschnitt, der die allgemeinen Bestimmungen über die Auswanderung umfaßte. Wenn sich dagegen die Meldungen bestätigen sollten, wonach der neue Entwurf ein Auskunftsbureau für Auswanderungsangelegenheiten, wie es namentlich von kolonialen Kreisen gewünscht wird, nicht enthielte, so würde daran zu erinnern sein, daß doch auch im früheren Entwurfe wenigstens soviel in dieser Beziehung zugestanden war, daß das bei den deutschen amtlichen Stellen über die Verhältnisse in den Einwanderungsländern vorhandene und eingehende Material zum Zwecke einer Aufklärung der Personen, welche auszuwandern beabsichtigen, verwerthet werden sollte, insbesondere auch in der Weise, daß dasselbe den zugelassenenen Unternehmern und Kolonisationsgesellschaften behufs Ertheilung von Auskünften zugängig gemacht werden sollte. Dieses Zugeständniß dürfte sich wohl auch in dem neuen Entwurfe vorfinden.

— Bei der deutschen Reichsregierung ist, wie das „B. T." erfährt, das russische Ministerium des Aeußern auf Veranlassung des russischen Kriegsministeriums um die Erlaubniß eingekommen, in oder bei Danzig ein Denkmal für die im Befreiungskrieg 1813 bei der Erstürmung von Danzig unter dem Befehl des Generallieutenants v. Loevis gefallenen russischen Krieger zu errichten. Die nachgesuchte Erlaubniß ist hier zuständigen Ortes ertheilt worden. Persönlich interessirt sich für diese Angelegenheit General v. Wannowski, der russische Kriegsminister.

— Im kommenden Etatsjahre 1897—98 soll in der Justizverwaltung ermittelt werden, in welcher Weise der Gesamtbetrag der Einnahme an Kosten und Geldstrafen sich auf die einzelnen Gattungen von Gebühren, auf Auslagen und auf Geldstrafen vertheilt. Zu diesem Zwecke muß von jeder Gerichtskasse neben dem Kostenregister ein besonderes Nebenregister angelegt werden, über dessen Einrichtung und Führung der Justizminister in einer allgemeinen Verfügung vom 3. März d. J. den Gerichten die erforderlichen Anweisungen giebt.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 12. März. Bei den Reichsrathswahlen wurden in der allgemeinen Wählerklasse in Böhmen gewählt: sechs Jungczechen, fünf Sozialdemokraten, ein Deutschfortschrittler; fünf Stichwahlen sind nöthig. Das Wahlergebniß für Prag steht noch aus.

Graz, 12. März. In Steiermark wurden bei den Reichsrathswahlen in der allgemeinen Wählerklasse gewählt ein Klerikaler, ein Christlich-Sozialer, ein Slovenisch-Konservativer. Für Graz steht das Wahlergebniß noch aus.

Frankreich.

Paris, 12. März. Der Gemeinderath beschloß mit 48 Stimmen trotz der Einwendungen des Präfekten die Absendung einer Ermuthigungsadresse an Griechenland.

England.

London, 12. März. Unterhaus. Berathung des Marine-Etats. Der Erste Lord der Admiralität Goschen erklärt, die neue Marinebauten-Bill werde eine Anleihe-Bill sein; er könne noch nicht sagen, welche Bauten dieselbe umfasse. In Betreff eines neuen Schiffs-Programmes könne er nur sagen, daß dasselbe den Bau von vier neuen Linienschiffen umfasse, welche einer der beiden Klassen der englischen Panzerschiffe ersten Ranges angehören sollen. Die in dem Programme vorgesehenen neuen Kreuzer sollen, abgesehen von kleineren Verbesserungen, im Allgemeinen den jetzigen Kreuzern gleichen. Einige neue Kanonenboote, für Flußfahrt geeignet, werden als nöthig angesehen, ebenso zwei neue Torpedoboots-Zerstörer, welche die Zahl dieser Fahrzeuge auf 92 — wie die Admiralität sie wünscht — bringen wird. Mit den Bauten des vorigen und dieses Jahres zusammen glaube er, daß der Neubau von Schiffen hinreiche, obwohl derselbe noch keine übertriebene Vorkehrung für alle möglichen Bedürfnisse darstelle. Es bestehe ein Gleichgewicht in den Flotten Europas. Die Regierung werde mit Aufmerksamkeit darüber wachen, daß dies Gleichgewicht nicht gestört werde. Goschen schloß, ihm genüge das Programm; wenn aber irgend eine Macht abnorme Bestrebungen machte, dann würde die Regierung die Position neuerdings erwägen und dabei auf die Unterstützung des Landes zuversichtlich bauen.

Afrika.

Bloemfontein, 11. März. Der Präsident des Oranje-Freistaats Steyn pries bei dem heute zu Ehren des Präsidenten Krüger gegebenen Frühstück den letzteren als den geschicktesten Staatsmann Afrikas und sprach sich lebhaft für die Einigkeit der beiden Republiken aus. Präsident Krüger betonte in seiner Erwiderungsrede, daß er nicht gegen die Rechte der Königin von England handeln wolle. Die Zeit werde beweisen, daß er die Königin stets vertheidigt und dem Volke sie zu achten empfohlen habe. Er hoffe, daß die beiden Freistaaten sich einander immer mehr näher treten würden, bis Niemand dieselben trennen könne; die Idee einer Auffangung des Oranje-Freistaates durch die Südafrikanische Republik habe nie bestanden. Er wisse, daß er die Londoner Konvention zu beachten habe, aber die Königin Viktoria sei eine sehr schwer zu behandelnde Dame (een kwaje vrouw), daher müsse die Frage einer engeren Vereinigung mit Vorsicht behandelt werden. Er hoffe, eine wirkliche Vereinigung ganz Südafrikas zu erleben.

Von der Marine.

Nach Bestimmungen des Ober-Kommandos der Marine werden bei der im April d. J. abzuhaltenden Eintritts-Prüfung der See-Offizier-Aspiranten 70 Kadetten in die Flotte eingestellt. Sie werden nach erfolgter infanteristischer Ausbildung vom Mai d. J. ab zu je 35 an Bord der in Dienst zu stellenden Fregatte „Charlotte" und der bereits unter der Flagge befindlichen Fregatte „Stein" für die Dauer des Etatsjahres 1897—98 eingeschifft werden. — Die dagegen bis zum Ende dieses Monats an Bord der Schulschiffe „Stosch" und „Stein" eingeschifften Kadetten des Jahrgangs 1896 werden nach der Beförderung zu See-Kadetten für die Dauer des neuen Rechnungsjahres an Bord der Schiffe „Nixe", „Gneisenau", „Stein" und „Charlotte" kommandirt werden, während die auf den zur Zeit im Dienst befindlichen 4 Schulschiffen eingeschifften See-Kadetten des Jahrgangs 1895 den bevorstehenden Sommer über an Bord der Artillerie- und Torpedo-Schulschiffe zu den Spezialkursen kommandirt werden.

Arbeiterbewegung.

Hamburg, 11. März. Die Nachklänge des großen Ausstandes der Hafenarbeiter und Seeleute von Hamburg-Altona tönen immer noch leise fort. Wie bekannt, ist ein Ausschluß des Senats eingesetzt worden für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im hiesigen Hafen. Während dieser Ausschuß schon an der Arbeit war, entstanden zwischen den Kohlenarbeitern, den sogenannten „schwarzen Schauerleuten" und ihren Arbeitgebern Streitigkeiten wegen der Unterzeichnung des bekannten Sicherheitsscheines und wegen des Lohntarifs. Die Kohlenarbeiter weigerten sich plötzlich, den Revers zu unterschreiben, worin sie versprechen, in Ruhe und Frieden zu arbeiten, sowohl mit den während des Ausstandes neu angestellten Arbeitern wie mit den Leuten, die sich dem Ausstande nicht angeschlossen haben, sie in keiner Weise zu belästigen und ihnen in keiner Form darüber Vorwürfe zu machen, daß sie während des Ausstandes gearbeitet haben. Der eigentliche Grund für die Weigerung der Kohlenarbeiter, diesen von allen wieder eingestellten Hafenarbeitern unterschriebenen Sicherheitsschein gleichfalls zu unterzeichnen, lag darin, daß der Verein der Kohleneinfuhr betreibenden Kaufleute bestrebt war, die Akkordarbeit abzuschaffen und einen Lohntarif einzuführen. Nun hatten aber die Ausständigen während des Ausstandes gerade die Einführung von Lohntarifen für alle Gewerke der Hafenarbeiter verlangt, und die sozialdemokratischen Versammlungsredner hatten fortgesetzt die Akkordarbeit als „Mordarbeit" bekämpft. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit haben die Hafenarbeiter diese während des Ausstandes noch mit so viel Eifer vertretene Forderung wieder fallen lassen, und die Kohlenarbeiter legten sogar vor zwei Wochen für einige Tage die Arbeit nieder, weil ihre Arbeitgeber eine Forderung zu erfüllen suchten, die von den Ausständigen selbst gestellt worden war. Der Vorgang beweist jedenfalls, daß die sozialdemokratische Ausstandsleitung Forderungen aufgestellt und vertreten hat, die den praktischen Bedürfnissen ihrer Gefolgschaft in keiner Weise entsprachen. Daher kommt es, daß die Kohlenarbeiter jetzt gezwungen waren, unfolgerichtig zu handeln und entgegen der während des Ausstandes geforderten Abschaffung der Akkordarbeit diese gerade zu verlangen. Als nun der für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hafen eingesetzte Senatsausschuß auf eine Aufforderung beider Parteien in diesen Streit eingriff, wurde zunächst eine etwas abgemilderte Fassung des Sicherheitsscheines vereinbart, den die Vertreter der Kohlenarbeiter wie die Arbeitgeber annahmen, den aber eine Versammlung der Kohlenarbeiter verwarf. Neue Verhandlungen des Senatsausschusses mit den Parteien führten dann dazu, daß ein neuer Revers ausgearbeitet wurde, in dessen Wortlaut auch eine Stelle aufgenommen ist, wonach die Kohlenarbeiter sich verpflichten, nach dem Lohntarif des Vereins ihrer Arbeitgeber zu arbeiten, vorausgesetzt, daß dieser Tarif bis zum 1. März 1898 in Geltung bleibt und immer auf ein ferneres Jahr als verlängert gelten soll, wenn nicht bis spätestens zum 30. November Abänderungen von dem einen oder dem anderen Theil beantragt werden. Eine gestern spät Abends abgehaltene Versammlung der „schwarzen Schauerleute" hat nun mit großer Mehrheit beschlossen, daß dieser Sicherheitsschein, der diese Stelle über die Vereinbarung des Lohntarifs enthält, von allen Kohlenarbeitern unterschrieben werden soll. Damit ist nun der Streit der schwarzen Schauerleute mit ihren Arbeitgebern beendet durch die vorsorgliche Thätigkeit des Senatsausschusses für die Prüfung der Arbeitsverhältnisse im hiesigen Hafen. Die Kohlenarbeiter haben ihre Forderung hiernach nicht durchgesetzt. Freilich soll damit nicht gemeint sein, daß bei der Kohlenarbeit im hiesigen Hafen und an den Kais keinerlei Akkordarbeit zur Anwendung mehr kommen wird. Die Kohleneinfuhr von England betreibenden Kaufleute werden auch in Zukunft Akkordarbeit verrichten lassen, allein nur in den Fällen, wo die Arbeit schneller als sonst gefördert werden muß, und nicht immer, wenn das den Arbeitern genehm ist. Auch in anderen Fällen als bei dem jetzt erledigten Streit der Kohlenarbeiter mit ihren Arbeitgebern hat die Thätigkeit des Senatsausschusses schon als dem Frieden günstig sich erwiesen. Gegenwärtig veranlaßt der Ausschuß Unterhandlungen über die Arbeitsverhältnisse der Seeleute und über die im Heuerbaas- und Schlafbaaswesen herrschenden Mißstände. Nachdem die hiesigen Rheder den Seeleuten jetzt höhere Löhne zahlen als vor dem Ausstande, beklagen diese sich besonders darüber, daß die Heuerbaase (d. s. die Vermittler bei der Anmusterung auf den Schiffen) und die Schlafbaase (die Inhaber der Schlafsäle an Land) zu hohe Vermittelungsgebühren und zu hohe Miethen von ihnen beanspruchten. Die Verhandlungen darüber sind vor dem Senatsausschusse noch im Gange.

Eine wenig beachtete Krankheits-Erscheinung.

Dem Schreiber dieser kleinen Abhandlung war es vergönnt, vor längerer Zeit auf Wunsch der Schulverwaltung einer Provinzial-Hauptstadt eine Schule für solche bedauernswerthe, schwachbefähigte Kinder einzurichten, die in gefüllten Volksschulklassen kein befriedigendes Ziel erlangen können. Als die Kunde von dieser neuen Schuleinrichtung auch zu einer angesehenen Familie in einer südrussischen Handelsstadt gelangte, hoffte diese von der neuen Schule für ihren unglücklichen Knaben reiche Hülfe. In edler Selbstverleugnung und treuer Elternliebe verließ die Mutter mit diesem Kinde steter Sorge ihren Gatten und ihre Heimath in der Erwartung, daß es in der Schule für zurückgebliebene Kinder Aufnahme und Besserung seines Zustandes fände. Die Aufopferung der Eltern sollte nicht unbelohnt bleiben. Ein Vorbereitungs-Unterricht, den ich dem Knaben privatim ertheilte, um ihn für die Unterbringung in der Klasse für schwachbefähigte Kinder geeignet zu machen, erweckte in mir die Hoffnung, daß der Knabe auch in Schulen für Vollsinnige sein Fortkommen finden könnte, was sich auch erfüllt hat. Der Knabe hat nach zweimonatlichem Privat-Unterricht in einer höheren Lehranstalt Aufnahme gefunden, wo er mit seinen wenig jüngeren Mitschülern hübsche Fortschritte gemacht hat.

Der geschätzte Leser wird fragen, welches Interesse er dieser ihm fernliegenden Angelegenheit entgegenbringen soll. Ich darf aber doch mit Recht behaupten, daß dieser Fall sehr wohl verdient, öffentlich besprochen zu werden, weil wir hier vor einer wenig beachteten Krankheits-Erscheinung stehen, die für Viele schon verhängnißvoll geworden ist.

Der Knabe, um den es sich handelt, war durchaus nicht schwachsinnig, wenn auch seine äußere Erscheinung dies vermuthen ließ. Daß der Schein in diesem Falle trügerisch war, beweisen die gleichmäßigen Erfolge in allen Unterrichts-Gegenständen. Das Urtheil, der Knabe sei nicht normal entwickelt, haben vielmehr ausgedehnte Wucherungen im Nasenrachenraum verschuldet. Die Athmung konnte in Folge dessen nur höchst mangelhaft durch die Nase erfolgen; sie mußte fast ausschließlich durch den Mund geschehen. Dieser war darum fast ununterbrochen geöffnet, so daß das Gesicht einen einfältigen Ausdruck annahm. — Die Nasallaute wurden unvollkommen hervorgebracht, wodurch das ganze Sprechen, das ohne Frische und ohne Klang war, erheblich beeinträchtigt wurde. Daß der anhaltende Druck endlich das Denken erschwerte, bedarf keines Beweises.

Es war darum nothwendig, daß mit der unterrichtlichen Behandlung die ärztliche Hand in Hand gehen mußte. Von einem geschickten Spezialarzt wurden durch einen operativen Eingriff diese Wucherungen im Nasenrachenraum beseitigt. Die Operation wurde mir als gefahrlos und äußerst kurz geschildert. Daß sie auch segenbringend ist, habe ich zu meiner Freude erfahren können. Nicht blos geistig, wie ich bereits nachgewiesen habe, sondern auch körperlich gedieh der Knabe. Rothe Bäckchen verschönten das Gesicht, das in der Folgezeit einen ganz anderen Ausdruck annahm.

Dies Beispiel möge zeigen, daß es vielfach vorkommen wird, daß von dem genannten Leiden befallene Kinder als schwachsinnige Menschen im Leben bezeichnet und als solche behandelt und zurückgesetzt werden. Darum richte ich an die Eltern solcher Kinder die dringende Mahnung: Mögen sie erst von einem erfahrenen Arzte ihr Kind untersuchen lassen, ob die geschilderte Krankheit vorliegt, ehe sie von ihrem Kinde aussagen lassen, daß sein Geistesleben nicht normal sei. Zwei Zeichen, die auf das Vorhandensein dieser Krankheit schließen lassen, habe ich bereits angegeben; es waren dies das schwere Athmen und die tonlose, fast todte Sprache. Da in Folge der Geschwulst im Nasenrachenraum die Eustachischen Röhren mehr oder weniger zusammengedrückt werden, so sei auch mangelhaftes Gehör als Kennzeichen mit angeführt.

Nicht vereinzelt tritt die Erscheinung auf. Nein, wegen ihrer großen Verbreitung stellte Professor Guye aus Amsterdam beim hygienischen Kongreß im Jahre 1891 in London die Forderung auf, daß medizinische Schulinspektoren eingesetzt werden sollten, um von Zeit zu Zeit die schwerathmenden und schwerhörenden Kinder auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen. — Nach Hunderten zählen die Fälle, in denen auch Spezialärzte alljährlich unglückliche Kinder von diesem Leiden befreien.

Möchten darum durch meine kurze Abhandlung recht viele Eltern und Erzieher auf diese Krankheit aufmerksam gemacht, möchten insonderheit viele unglückliche Kinder von einem schnell zu beseitigenden Uebel befreit werden, das sie auf Lebenszeit unglücklich zu machen geeignet ist! Dann wäre der Zweck dieser Zeilen vollauf erreicht.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. März. Der militärischen Feier des Jahrhunderttages der Geburt des ersten Kaisers ist folgendes Programm zu Grunde gelegt: Sonntag (21. März) Kirchgang, Montag (22. März) Parade und Dienstag (23. März) Festlichkeiten für die einzelnen Kompagnien in ähnlicher Weise wie zu Kaisers Geburtstag.

* Nachdem seitens der städtischen Behörden eine Summe von 8000 Mark für die Illumination am Abend des 22. März ausgeworfen worden, steht zu erwarten, daß sich die Bewohner unserer Stadt recht fleißig an der Illumination betheiligen werden, um dieselbe zu einer allgemeinen zu machen.

* Der Postschalterdienst sowie der Orts- und Landbestelldienst wird am 22. d. M., dem Tage der Feier des 100jährigen Geburtstages Sr. Majestät des hochseligen Kaisers Wilhelms des Großen, höherer Anordnung zufolge, wie an Sonntagen eingeschränkt.

— Eine besondere Feier des 100jährigen Geburtstages Kaiser Wilhelms wird auch von Frl. Hedwig Wilsnach mit ihren Schülern unter Mitwirkung von Frl. Arendt veranstaltet und zwar Sonntag, den 21. d. M., im Saale des evangelischen Vereinshauses. Zunächst gelangt ein Festspiel in 5 Gruppen von A. Fritze „König Rhein" zur Darstellung und daran schließt sich eine Dichtung „Goldene Lorbeerblätter" mit nationalen Gesängen und lebenden Bildern, welche unsere heimische Dichterin Frl. Therese Haupt verfaßt hat. Die Vorführungen werden von kundiger Hand auf das sorgsamste vorbereitet und ist der Besuch warm zu empfehlen, besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Ertrag der Feier zum Besten des Kaiser Friedrich-Denkmals bestimmt ist.

— Die am nächsten Donnerstag anberaumte Stadtverordneten-Sitzung hat nur kleinere Vorlagen zu erledigen; wir erwähnen davon die Bewilligung der 6. Rate des Patronats-Beitrags zu den Baukosten der St. Gertrudkirche mit 11 452,74 Mark, und die Vorlage betr. die Abänderung des Fluchtlinienplans der Lastadie und Silberwiese; ferner liegt eine Petition der Steinsetzer und Berufsgenossen Stettins vor, betr. die Ausführung der städtischen Pflasterungsarbeiten in eigene Regie zu übernehmen.

— Der Bau der Bahnlinie Wollin-Misdroy-Ost-swine hat schon in dem diesjährigen Eisenbahnetat Aufnahme gefunden.

— Der Seminar-Oberlehrer Ebers in Pyritz ist zum Direktor des Seminars zu Gütersloh in Westfalen ernannt.

— Im Monat Februar wurden im Verwaltungsbezirk Pommern nach den Angaben der Direktivbehörden 49 483 Hektoliter reinen Alkohols an Branntwein hergestellt, 11 074 Hektoliter wurden nach Entrichtung der Verbrauchsabgabe in den freien Verkehr gesetzt, 1985 Hektoliter zu gewerblichen und anderen Zwecken steuerfrei verabfolgt und 123 389

Hektoliter befanden sich am Monatsschluß in den Lagern und Reinigungsanstalten unter steuerlicher Kontrolle.

— Von dem königlichen Landgericht in Danzig ist gegen den zuletzt in Stettin, Bogislavstraße 5, wohnhaften Kaufmann Otto Wille ein Steckbrief erlassen, da gegen denselben die Untersuchungshaft wegen Beihülfe zum betrügerischen Bankerott und wegen betrügerischen Bankerotts verhängt ist.

* Morgen Sonntag, den 14. März, wird Herr Prediger Contini aus Italien in der hiesigen Peter- und Paul-Kirche einen Vortrag halten über die „evangelische Kirche Italiens". Derselbe ist als Evangelist für die im Jahre 1870 begründete Kiechengemeinschaft angestellt und sucht auch in Deutschland das Interesse für dieselbe durch seine Reisen wachzurufen. Es sei empfehlend auf den Vortrag hingewiesen.

* Im „Bezirksverein vor dem Berliner Thor" hält am Montag Herr Prof. Dr. Meyer einen Vortrag über die Bahn nach Stolzenburg, auf den wir die Mitglieder und Freunde des Vereins besonders aufmerksam machen.

* Die Anfertigung der schmiedeeisernen Fenster für das Maschinen- und Kesselhaus sowie für den Lokomotivschuppen der neuen Hafenanlage ist seitens der Tiefbau-Deputation dem Schlossermeister Krüger hierselbst auf ein im Submissionswege angegebenes Angebot in Höhe von 6345,05 Mark übertragen worden. Die Ausführung der Schmiedearbeiten in den beiden vorgenannten Gebäuden wurde dem Schlossermeister Schwartz übertragen, dessen Forderung sich auf 2432,12 Mark beläuft.

* Wegen Ausführung von Abbruchsarbeiten wird die Ottostraße auf der Strecke zwischen dem Grundstück Nr. 25 und der Berlinerstraße vom 17. bis zum 20. März gesperrt.

— Es besteht die Absicht, die Gerichtsvollzieher mit einer allgemeinen Anweisung zu versehen, daß sie die bei Gelegenheit der Ausführung eines Wechselprotestauftrages mangels Zahlung von den Protestanten etwa angebotene Wechselzahlung für den Wechselgläubiger in Empfang zu nehmen haben. Weite Kreise der Geschäftswelt haben das Bedürfniß nach einer solchen Dienstanweisung anerkannt, wünschen jedoch, daß nicht nur den Gerichtsvollziehern, sondern auch den Notaren diese Befugniß beigelegt werde. Allerdings ist auch die Frage aufgeworfen, auf wessen Risiko die Zahlung an den Protestbeamten erfolgen soll. Von einigen Stellen ist die Ansicht geäußert, daß der Staat die Verantwortung für seine Beamten zu übernehmen habe. Er könnte ja von den Beamten die Stellung einer entsprechenden Kaution verlangen. Völlig geklärt ist demnach die Frage noch nicht, jedoch steht zu erwarten, daß in eine weitere Erwägung derselben eingetreten wird.

— Der 13jährige Max Paris, Sohn des Maurers und Fischers Paris zu Mellen, Kreis Regenwalde, hat am 18. November v. J. den 19jährigen Tagelöhnersohn Ferdinand Porath und die 9jährige Anna Buck mit eigener Lebensgefahr, der Arbeiter Heinrich Witte aus Alt-Damm und der Fischer Hermann Pieper aus Podejuch am 20. Januar d. J. auf dem Damm'schen See den Arbeiter Gustav Zimmermann aus Stettin und der Fischhändler Albert Krause in Kammin am 22. Februar d. J. den auf Wanderschaft befindlichen Müllergesellen Müller vom Tode des Ertrinkens gerettet. Seitens des Herrn Regierungs-Präsidenten werden diese menschenfreundlichen Thaten mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den Rettern eine Geldprämie bewilligt worden ist.

* Verschiedene Diebstähle sind neuerdings der Polizei gemeldet worden: Vom Flur des Hauses große Oderstraße 31 wurde ein leeres Faß gestohlen und aus der Wohnung einer Nähterin im Hause Klosterhof 25 verschwanden Bettstücke im Werthe von etwa 100 Mark. Einem im Hause Bollwerk 7 beschäftigten Dienstmädchen wurde aus ihrer ebendort belegenen, unverschlossenen Kammer ein Portemonnaie mit 10 Mark entwendet. Einer in der Giesebrechtstraße wohnhaften Kaufmannswittwe waren in letzter Zeit mehrfach Kleinigkeiten gestohlen worden, und einmal kam auch ein werthvoller Brillantring abhanden. Die Diebin wurde in der Person einer bei der Bestohlenen beschäftigt gewesenen Aufwärterin ermittelt und die Sachen zum Theil wieder herbeigeschafft, insbesondere fand sich der Ring wieder vor. Im Hause Berlinerthor 10 wurde eine Bodenkammer erbrochen und ein Stand Betten gestohlen.

— Im Bellevue-Theater geht am morgigen Sonntag Nachmittags „Reichsgräfin Gisela" und Abends „Unsere Don Juans" in Scene. Montag wird, mit Herrn Dir. Resemann als „Ingomar", „Der Sohn der Wildniß" wiederholt und Dienstag findet das erste Gastspiel Lili Petri im „Fall Clemenceau" statt. Die Nachfrage nach Billets zu diesem Gastspiel ist erfreulicherweise eine rege. Am Mittwoch gastirt Frl. Petri als „Vitorino" in dem reizenden Lustspiel „Renaissance".

— In den Zentralhallen finden am morgigen Sonntag wiederum zwei Vorstellungen statt, von denen die Nachmittag 4 Uhr beginnende bei kleinen Preisen gegeben wird. Es ist der letzte Sonntag, an welchem das gegenwärtige Ensemble auftritt.

— Das Konkordia-Theater bringt in seinem Programm fortgesetzt Abwechselungen und ist die Direktion besonders bemüht, den humoristischen Theil auf das reichhaltigste auszustatten, dazu kommen stets einige gediegene Spezialitäten, so gegenwärtig „The three Blonay's", ganz vorzügliche Drahtseilkünstler und die drastischen Klowns Gebrüder Wellradan.

— (Personal-Chronik.) An Stelle des an die königliche Regierung zu Potsdam versetzten Regierungs-Assessors Dr. Schönfeld ist der Regierungs-Assessor Scheck hierselbst zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden der Berufungs-Kommission ernannt worden. — Dem königlichen Forst-Kassen-Rendanten Fincke ist vom 1. März d. J. ab die Verwaltung der königlichen Forst-Kasse in Torgelow für die Oberförstereien Rothemühl und Torgelow übertragen worden. — Der Gutsbesitzer Beyersdorff zu Beelitz ist nach Ablauf seiner sechsjährigen Amtsdauer auf eine fernere Amtsdauer von 6 Jahren zum stellvertretenden Amtsvorsteher des Amtsbezirks Alt-Falkenberg ernannt worden. — Im Kreise Regenwalde ist für den Standesamtsbezirk Roggow B. der Ober-Inspektor Müller zu Lessenthin zum Standesbeamten ernannt.

Aus den Provinzen.

Pasewalk, 12. März. Der Ehrenbürger unserer Stadt, Herr Rentier Haußmann zu Berlin, hat wiederum seiner Vaterstadt Pasewalk in höchst ehrender Weise gedacht, als er zur bevorstehenden 100jährigen Gedächtnißfeier drei werthvolle Gemälde, nämlich Kaiser Wilhelm I., Fürst Bismarck und Graf Moltke, als Zierde des Stadtverordneten-Sitzungs-Saales zum Geschenk überwiesen hat. Wie erinnerlich sein dürfte, hat Herr Haußmann erst vor einigen Monaten das Gitter zum Kaiser Friedrich-Denkmal gestiftet.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 13. März. In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts wurde verhandelt gegen den Schornsteinfegermeister Adolf Behlau aus Neuwarp, demselben wurde vorgeworfen, daß er am 6. August 1896 vor dem Schöffengericht zu Neuwarp in der Anklagesache gegen die Arbeiterfrau Kahlow ein falsches Zeugniß mit dem Eide bekräftigt habe. Die Frau K. war von B. wegen Körperverletzung angezeigt worden und machte sie in dem betreffenden Termin geltend, daß sie von dem Zeugen Behlau zuerst geschlagen worden sei, was Letzterer bestritt. Diese Bekundung des B. sollte wider besseres Wissen abgegeben worden sein. Nach dem Ergebniß der gestrigen Hauptverhandlung, zu der einige 20 Zeugen geladen worden waren, gelangten die Geschworenen zu einem Nichtschuldig und erfolgte daraufhin die Freisprechung des Angeklagten.

* **Stettin**, 13. März. Für die jetzt tagende Schwurgerichtsperiode sind noch folgende Strafsachen zur Verhandlung angesetzt: am Dienstag, den 16. März, gegen den Zimmergesellen Gustav Hermann Karl Lietzow aus Grabow wegen versuchten Straßenraubes, ferner gegen den Büreaugehülfen Gustav Schmidt aus Böthkenwalde wegen schwerer Urkundenfälschung; am Mittwoch, den 17. März, gegen den Eigenthümer Albert Friedrich Wilhelm Gebner aus Alt-Sarnow wegen Meineids; am Donnerstag, den 18. März, gegen die Arbeiter Ferdinand und Robert Bergemann, das Dienstmädchen Emilie Lill und die Waschfrau Bartsch aus Podejuch bezw. Finkenwalde wegen Meineids; am Freitag, den 19. März, gegen den Schuhmacher Michael Heymann von hier wegen Nothzucht und gegen den domizillosen Arbeiter Eduard Richter wegen Raubes.

× **Brüssel**, 13. März. Courtois' Verhör dauerte drei Tage. Das Vertheidigungssystem des Angeklagten ist einfach; er leugnet den Mord der Baronin Herry und behauptet, die Werthpapiere und Geldsachen, welche aus der Wohnung der Baronin gestohlen und in seinem Besitz gefunden wurden, von einem Unbekannten gekauft zu haben. Da jedoch zwei Mitangeklagte, sowie 220 Zeugen zu verhören sind, so glaubt man, daß der Prozeß etwa 20 Sitzungen in Anspruch nehmen wird.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 13. März. Der „Reichs-Anz." schreibt: Die Brandtsche Nachlaßsache, die schon seit Anfang dieses Jahrhunderts die Behörden beschäftigt, und in der bei dem Auswärtigen Amt nicht weniger als siebzehn Bände Akten erwachsen sind, ist in jüngster Zeit aus Anlaß eines Prozesses von Neuem in der Presse erörtert und vor einigen Tagen sogar zum Gegenstand der Verhandlung in einer öffentlichen Versammlung gemacht worden. Hierbei sind irrige und zum Theil ganz widersinnige Behauptungen aufgestellt worden, die nur zu sehr geeignet sind, unter den Trägern des weit verbreiteten Namens Brandt den Glauben an das Vorhandensein einer unerhobenen Millionenerbschaft wieder zu beleben und viele von ihnen nicht nur zur Aufrechthaltung unerfüllbarer Hoffnungen, sondern auch zu nutzlosen Geldausgaben für die Verfolgung ihrer vermeintlichen Rechte zu bestimmen. Es handelt sich um den Nachlaß des im Jahre 1791 in Amsterdam gestorbenen Kaufmanns Johann Konrad Brandt. Dieser hinterließ bei seinem Tode ein am 28. Juli 1786 errichtetes Testament. Hierin hatte er für die eine Hälfte des Nachlasses seine Enkelin Eva Brandt, die in erster Ehe mit Adam Hahn und in zweiter Ehe mit dem Munizipalrath Gerrit van Meurs in Amsterdam verheirathet war, und für die andere Hälfte seine Urenkelin Johanna Konradine Hahn, die Tochter der Eva Brandt aus erster Ehe, zu Erbinnen eingesetzt, die Urenkelin jedoch unter der Bedingung, daß sie das Alter von fünfundzwanzig Jahren erreiche und das Augsburger Glaubensbekenntniß ablege. Würden diese Bedingungen nicht erfüllt — und dieser Fall ist durch den im Jahre 1792 vor Erreichung des 25. Lebensjahres erfolgten Tod der Johanna Konradine Hahn eingetreten —, so sollte die zweite Hälfte des Nachlasses den Verwandten des Erblassers zufallen, die, abgesehen von seiner Enkelin Eva Brandt und seiner Urenkelin Johanna Konradine Hahn, nach dem in Amsterdam geltenden Erbrecht seine Erben sein würden. Im Jahre 1793 hat der Ehemann der Eva Brandt, Munizipalrath van Meurs, die darnach erbberechtigten Verwandten des Erblassers durch öffentlichen Aufruf zur Meldung auffordern lassen. Nachdem diesem Aufruf Niemand Folge geleistet hatte, wurden seine Ehefrau und er durch das Amsterdamer Gericht in den Besitz auch der zweiten Nachlaßhälfte, die übrigens nicht viele Millionen, sondern nur etwa 300 000 bis 400 000 Gulden betragen haben soll, eingewiesen und erhielten diese in der Folge auch ausgehändigt. Trotzdem ist immer und immer wieder behauptet worden, daß sich die zweite Nachlaßhälfte noch gegenwärtig unter der unmittelbaren oder mittelbaren Verwaltung einer niederländischen Behörde befinde. Mit Rücksicht auf dieses Gerücht ist von deutscher Seite wiederholt und zuletzt noch im Jahre 1895 bei der niederländischen Regierung angefragt worden. Diese hat hierauf amtlich erklärt, daß weder von dem niederländischen Finanzministerium noch von einer sonstigen Behörde des niederländischen Staates oder der Gemeinden im Haag und in Amsterdam noch unter der Aufsicht einer solchen Behörde Theile des Brandtschen Nachlasses verwaltet werden und daß daher jene Behauptung aller Begründung entbehrt. Es leuchtet ein, daß unter diesen Umständen von dem Auswärtigen Amte keine Schritte weiter gethan werden können, um den etwa in Deutschland lebenden Verwandten des Johann Konrad Brandt zu der fraglichen Nachlaßhälfte zu verhelfen. Denjenigen, die ihre vermeintlichen Erbansprüche verfolgen wollen, muß vielmehr lediglich überlassen bleiben, sie etwa im Prozeßwege gegen die Rechtsnachfolger der Personen geltend zu machen, an die der Nachlaß seiner Zeit ausgeliefert worden ist. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß ein solcher Prozeß von vornherein aussichtslos sein würde. Trotz eingehender Nachforschungen ist es unmöglich gewesen, die Herkunft des Erblassers zuverlässig festzustellen. Die in Amsterdam vorhandenen Akten und Register enthalten nur den Vermerk, daß Johann Konrad Brandt aus Hannover stammte. Ob hiermit die Stadt oder allgemein das damalige Kurfürstenthum Hannover gemeint ist, hat sich nicht ermitteln lassen. Darüber, wann Brandt geboren ist und wer seine Eltern gewesen sind, fehlt jede sichere Angabe. Hiernach erscheint es so gut wie ausgeschlossen, daß die in Deutschland lebenden Erbanwärter ihre Verwandtschaft mit dem Erblasser in einer das Gericht überzeugenden Weise darthun könnten. Es kommt hinzu, daß die Ansprüche auf Herausgabe der Nachlaßmasse, die gegenüber den Rechtsnachfolgern der van Meurs'schen Eheleute etwa bestanden haben, inzwischen längst durch Verjährung erloschen sind. Daß die Frage des Brandtschen Nachlasses noch immer die Köpfe Vieler verwirrt, ist zum Theil auf das Treiben gewissenloser Erbschaftsagenten und Winkelkonsulenten in den Niederlanden und in Deutschland zurückzuführen, die sich aus der Leichtgläubigkeit mancher Leute eine ergiebige Einnahmequelle zu schaffen wissen.

× **Berlin**, 13. März. In der Kaserne des 2. Garde-Regiments z. F. hat sich gestern der aus Hannover stammende Reserve-Unteroffizier Paulmann, welcher zu einer achtwöchigen Uebung eingezogen war, erschossen. Geschäftliche Verluste sollen das Motiv zur That sein.

— Die Kochschule des Lette-Vereins zu Berlin hat bei der heute, Sonnabend, den 13. d. M., stattgehabten Eröffnung einer von diesem Verein veranstalteten Ausstellung etwas ganz Neues zu bringen gewußt. Vierzig Schüsseln mit schmackhaft zubereiteten Krankenspeisen schmücken die Regale. Der Nähr- und Genußwerth dieser Speisen ist ein ungemein hoher, da ausschließlich Fleisch-Extrakt und Fleisch-Pepton der Liebig-Company zur Verwendung kam. Alle Komplikationen, die sich sonst ergeben, wenn Kranke oder Rekonvaleszenten gewöhnliches Fleisch zu sich nehmen, sind auf diese Weise vermieden, und dazu kommt noch der Umstand, daß insbesondere das Fleisch-Pepton der Liebig-Company vom Organismus vollständig ausgenutzt wird, und deswegen bei Zubereitung von Rekonvaleszenten-Speisen seine Anwendung findet. Die Ausstellung erregt hohes Interesse aller ärztlichen Kreise, sowie überhaupt aller Derjenigen, die sich für Krankenpflege interessiren.

— In das städtische Reservelazareth zu Frankfurt a. O. wurde Mittwoch ein junger Kaufmann eingeliefert, der an Aussatz (Lepra) erkrankt ist. Der Fall ist der „Frkf. Oder-Ztg." zufolge sicher exotischer Natur, denn der Erkrankte (Albrecht L., 21 Jahre alt) ist in Porto Alegre (Brasilien) geboren; dort lebte er bis zu seines Vaters Tode, der 1893 erfolgte. Von da an bis 1894 hielt er sich in San Sebastian (Brasilien) auf. Im Jahre 1894 kam er nach Deutschland, zunächst nach Eberswalde, um sich der kaufmännischen Laufbahn zu widmen. Nach zweijährigem Aufenthalte daselbst kam er nach Frankfurt und hat seitdem (September v. J.) bei einem dortigen Kaufmann konditionirt und bei Verwandten gewohnt. Die Krankheit scheint nach der im Reservelazareth aufgenommenen Krankengeschichte schon seit seiner Kindheit zu bestehen und hat glücklicherweise nicht allzu große Fortschritte gemacht.

— Einem den „Hamb. Nachr." zur Verfügung gestellten Briefe eines jungen in England lebenden Deutschen an seinen Vater entnehmen wir das Folgende: „London, den 5. März 97. Nun will ich Dir noch eine spaßhafte Episode erzählen. Auf meinem heutigen Spaziergange besuchte ich den alten Tower. Es liegt dort ein Garde-Regiment in Garnison und ich hatte — es war gerade zwei Uhr — das riesig interessante Vergnügen, einem englischen Soldaten-Appell beizuwohnen. Nur hätte ich gewünscht, um mein Vergnügen zu erhöhen, daß mein Hauptmann Herr F. an meiner Seite gestanden hätte. Also die meisten sogenannten Soldaten kamen mit ihren Spazierstöcken zum Appell, einige hatten Blumen im Knopfloch, andere waren ohne Mütze, was „bei uns" als „gänzlich nackt" bezeichnet würde. Ich sah mir die Geschichte noch näher an, sie wurde immer interessanter, ich bemerkte, daß die Klasse der Vorgesetzten entschieden vorherrschte, diese haben einen Posten Gold auf ihren Uniformen, sage ich Dir, daß man glauben sollte, es wären Generale. Als die Uhr zwei schlug, wurde präsentirt und es ist thatsächlich wahr, daß diejenigen Soldaten, die kein Gewehr hatten, mit ihren Spazierstöcken präsentirten. Bekanntlich trägt der englische Vaterlandsvertheidiger auf der Straße nie eine Waffe, sondern eine Art Schlächterknüppel, ich denke mir, daß die Leute, welche selbst beim Appell keine Waffe tragen dürfen, zu den ganz gefährlichen Kerlen gehören. Um zweieinhalb Uhr schienen dann alle versammelt zu sein und endlich, nach weiteren fünfzehn Minuten wurde plötzlich „Stillgestanden" kommandirt und ich entdeckte gleichzeitig auf der anderen Seite des Hofes einen sehr patent gekleideten Herrn sich nähern. Dieser Herr trug einen tadellosen Zylinder, schwarzen Rock und karrirte Beinkleider, es war mit einem Worte ein echter „Piccadilly swell" und wer war das? Der Offizier vom Ortsdienst! Ich wäre beinahe lang hingeschlagen. Na — nun ging's los — der Feldwebel meldete ihm die Kompagnie, mein Offizier lüftete seinen Bibi, offerirte dem Feldwebel eine Zigarette und lenkte seine Schritte nach der entgegengesetzten Richtung — aus dem Hofe fort — nach dem Westen. Damit war die Geschichte zu Ende, die Kompagnie raste auseinander und ich ging in's Office, indem ich an die . . . . . burger Appelle zurückdachte, wobei in der Regel zwei oder drei Jäger in's Loch flogen."

Ꝑ **Szegedin**, 13. März. Der Gerichtsrath Dosicz erschoß sich aus Familienzwistigkeiten.

Berlin, 12. März.

Butter-Wochenbericht

von Gebrüder Lehmann & Co., NW. 6, Luisenstraße 43—44.

Bei anhaltend guter Bedarfsfrage konnte sich auch in dieser Woche die letzte Notirung für feine Butter fest behaupten; ebenso zeigte sich für Landbutter etwas mehr Interesse, besonders für beste pommersche und polnische, welche Sorten einige Mark im Preise anzogen.

Die Notirung der amtlichen Notirungskommission ist: für feine und feinste Sahnenbutter von Gütern, Milchpachtungen und Genossenschaften (Alles per 50 Kilogramm): Ia. 96, IIa. 93, IIIa. —, abfallende 90 Mark.

Landbutter: Preußische und Littauer 80—83 Mark, Netzbrücher 80—83 Mark, Pommersche 80—85 Mark, Polnische 80—85 Mark, Baierische Senn- 88—90 Mark, Baierische Land- 78—80 Mark, Schlesische 80—83 Mark, Galizische 73—75 Mark.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. März. Wetter: Trübe, Morgens Schneefälle. Temperatur + 2 Grad Reaumür. Barometer 765 Millimeter. Wind: OSO.

Privat-Ermittelung.

Weizen flau, per 1000 Kilogramm loko 158,00 bis 161,00 bez.

Roggen flau, per 1000 Kilogramm loko 115,00 bis 117,00 bez.

Hafer flau, per 1000 Kilogramm loko 126,00 bis 130,00 nom.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 37,3 bez.

Rüböl unv., per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 53,50 B., per März 54,50 B., per April-Mai 54,50 B.

Petroleum loko 10,00 Mark verzollt.

Landmarkt.

Weizen 158,50 bis —. Roggen 118 bis —. Gerste —. Hafer 132—135. Heu 3—3,50. Stroh 30—35. Kartoffeln 45—48 per 24 Zentner.

Berlin, 13. März. (Berliner Produktenmarkt. Privat-Ermittelungen.) Weizen loko gelber, märk., —,—, per Mai 165,50. Matt.

Roggen loko 120,50 bis —,— nom., per Mai 122,50. Vernachlässigt, matt.

Hafer loko 127,00 bis 148,00, per Mai 128,50 nom. Ruhig.

Rüböl loko m. F. 55,40 nom., loko o. F. 54,20 nom., per Mai 55,30 nom. Leblos.

Spiritus (amtl.) loko 70er 39,10, loko 50er 58,80, per Mai 43,80, per September 44,40. Fester.

Mais loko 83,00 bis 87,00 nom., per Mai 82,00 nom. Ruhig.

Petroleum 21,50. Ruhig.

London, 13. März. Wetter: Trübe.

Berlin, 13. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	104,00	London lang	203 10
do. do. 3½%	104,00	Amsterdam kurz	168 55
do. do. 3%	97,80	Paris kurz	81,10
Deutsche Reichsanl. 3%	97 90	Belgien kurz	81 00
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,60	Berliner Dampfmühlen	126,50
do. do. 3%	93,60	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	67,00
do. Neuländ. Pfdbr. 3½%	100,60	„Union", Fabrik chem Produkte	117,25
3% neuländ. Pfandbriefe	93 60	Barziner Papierfabrik	184,00
Centrallandsch. Pfdbr. 3½%	100 90	Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	197 00
do. 3%	93 10	4% Hamb. Hyp.-Bank d. 1900 unk.	101,90
Italienische Rente	89 30	3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. d. 1905	101,00
do. 3%Eisenb.-Oblig.	55,25	Stett. Stadtanleihe 3½%	— —
Ungar. Goldrente	103,60		
Rumän. 1881er am. Rente	99,00		
Serbische 4% 95er Rente	63 25		
Griech. 5% Goldr. v. 1890	24 00		
Rum. amort. Rente 4%	87,30		
Russ. Boden-Credit 4½%	105,40		
do. do. von 1880	102 50		
Mexikan. 6% Goldrente	96 80		
Oesterr. Banknoten	170,25		
Russ. Banknoten Cassa	216 45		
do. do. Ultimo	216,25		
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	101,25		
do. (100) 4%	— —		
do. (100) 4%	100,80		
do. unkd. b. 1905 (100) 3½%	99,70		
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	101,50		
Stett. Bul.-Act.-Ver. B.	186,50		
St. tt. Bulc.-Prioritäten	186 75		
Stettiner Straßenbahn	130 00		
Petersburg kurz	215 85		
London kurz	203 90		

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	204, 0
Berliner Handels-Gesellsch.	161,25
Oesterr. Credit	226,75
Dynamite Trust	192,00
Bochumer Gußstahlfabrik	153 25
Laurahütte	157,40
Harpener	178,25
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	174 25
Dortm. Union St.-Pr. 6%	47,60
Ostpreuß. Südbahn	93 75
Marienburg-Mlawkabahn	85,40
Mainzerbahn	118 40
Norddeutscher Lloyd	106 80
Lombarden	37 75
Franzosen	146 30
Luxemb. Prince-Henribahn	94 60

Tendenz: Fest.

Paris, 12. März, Nachm. (Schlußkourse.) Ruhig.

	12.	11.
3% Franz. Rente	102,85	102,85
4% Ital. Rente	88,92½	89,20
Portugiesen	23,20	22,20
Portugiesische Tabaksobligation.	485,00	—,—
4% Rumänier	—,—	87,00
4% Russen de 1889	102,90	102,80
4% Russen de 1894	66,50	66,50
3½% Russ. Anl.	100,10	100,10
3% Russen (neue)	91,50	91,30
4% Serben	62,20	62,20
3% Spanier äußere Anleihe	59,00	58,75
Convert. Türken	18,67½	18,55
Türkische Loose	89,50	89,20
1% türk. Pr.-Obligationen	420,00	424,00
Tabac Ottom.	296,00	291,00
4% ungar. Goldrente	— —	103,50
Meridional-Aktien	622,00	622,00
Oesterreichische Staatsbahn	736,00	733,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	—,—	—,—
B. de Paris	815,00	816,00
Banque ottomane	514,00	512,00
Credit Lyonnais	761,00	762,00
Debeers	706,00	707,00
Langl. Estat.	99,70	100,00
Rio Tinto-Aktien	683,00	684,00
Robinson-Aktien	187,00	188,00
Suezkanal-Aktien	3187,00	3194,00
Wechsel auf Amsterdam kurz	205,87	205,87
do. auf deutsche Plätze 8 M.	122⅝	122⅝
do. auf Italien	5,50	5,50
do. auf London kurz	25,14½	25,15
Cheque auf London	25,16½	25,17
do. auf Madrid kurz	385,10	386,00
do. auf Wien kurz	207,87	207,87
Huanchaca	61,00	61,00
Privatdiskont	1⅞	1⅞

Köln, 12. März. In Weizen, Roggen und Hafer kein Handel. Rüböl loko 58,50, per Mai 57,80. — Wetter: Veränderlich.

Hamburg, 12. März, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 46,50, per Mai 47,25, per September 48,00, per Dezember 48,50.

Hamburg, 12. März, Nachmittags 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg, per März 8,95, per April 8,97½, per Mai 9,05, per August 9,27½, per Oktober 9,17½, per Dezember 9,25. Schwach.

Bremen, 12. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Still. Loko 5,75 B. Russisches Petroleum. Loko —,—. Schmalz fest aber ruhig. Wilcox 23 Pf., Armour shield 23 Pf., Cudahy 24¼ Pf., Choice Grocery 24¼ Pf., White label 24¼ Pf., Fairbanks — Pf. Speck fest. Short clair middl. loko 24¼ Pf.

Wien, 12. März. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 8,15 G., 8,16 B., per Mai-Juni 8,08 G., 8,09 B., per Herbst —,— G., —,— B. Roggen per Frühjahr 6,55 G., 6,57 B., per Mai-Juni 6,74 G., 6,75 B. Mais per Mai-Juni 4,04 G., 4,05 B. Hafer per Frühjahr 6,11 G., 6,13 B.

Amsterdam, 12. März. Java-Kaffee good ordinary 50,00.

Amsterdam, 12. März. Bancazinn 37,00.

Amsterdam, 12. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März —,—, per Mai 180,00. Roggen loko träge, do. auf Termine flau, per März 100,00, per Mai 100,00, per Juli 100,00. Rüböl loko 27,50, per Mai 26,62, per Herbst 25,37.

Antwerpen, 12. März. Schmalz per März 51,25. Margarine ruhig.

Antwerpen, 12. März, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schluß-Bericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,00 bez. u. B., per März 18,00 B., per April 18,25 B., per Mai —,—. Ruhig.

Antwerpen, 12. März. Getreidemarkt. Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste träge.

Paris, 12. März, Nachm. Rohzucker Schlußbericht) ruhig, 88% loko 24,50 bis 24,75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 25,50, per April 25,75, per Mai-August 26,37, per Oktober-Januar 26,37.

Paris, 12. März, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per März 21,35, per April 21,50, per Mai-August 22,00, per Juli-August 22,15. Roggen ruhig, per März 13,75, per Juli-August 13,50. Mehl beh., per März 44,80, per April 44,55, per Mai-August 44,75, per Juli-August 44,95. Rüböl ruhig, per März 53,25, per April 53,25, per Mai-August 54,00, per September-Dezember 54,25. Spiritus beh., per März 33,25, per April 33,75, per Mai-August 34,25, per September-Dezember 33,50. — Wetter: Schön.

Havre, 12. März, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per März 56,50, per Mai 56,75, per September 57,75. Behauptet.

London, 12. März. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten.

London, 12. März. 96proz. Javazucker 11,00, ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9 00, ruhig. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 12. März. Chili-Kupfer 50,62, per drei Monate 51,00.

London, 12. März. Spanisches Blei 11 Lstr. 11 Sh. 3 d. bis — Lstr. — Sh. — d.

Liverpool, 12. März. Getreidemarkt. Weizen 1½ bis 2 d., Mehl und Mais ½ d. niedriger. — Wetter: Trübe.

Glasgow, 12. März, Nachmittags. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 45 Sh. 7 d. Warrants middles borough III. 40 Sh. 7½ d.

Petersburg, 12. März. Weizen loko 9,25, Roggen loko 5,25, Hafer loko 3,90, Leinsaat loko 9,50, Hanf loko —,—, Talg loko 48,00, do. per August —,—.

Newyork, 12. März, Abends 6 Uhr.

	12.	11.
Baumwolle in Newyork	7,25	7,25
do. in Neworleans	7,00	7,00
Petroleum Rohes (in Cases)	7,00	7,00
Standard white in Newyork	6,30	6,30
do. in Philadelphia	6,25	6,25
Pipe line Certificates	91,00	91,00
Schmalz Western steam	4,35	4,30
do. Rohe und Brothers	4,65	4,60
Zucker Fair refining Moscovados	2 13/16	2 13/16
Weizen fest.		
Rother Winter- loko	82,75	82,75
per März	80,25	80,25
per April	—,—	—,—
per Mai	78,75	78,75
per Juli	77,00	76,62
Kaffee Rio Nr. 7 loko	9,25	9,25
per April	8,70	8,65
per Juni	8,75	8,65
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,65	3,65
Mais behauptet,		
per März	29,25	29,12
per Mai	29,75	29,62
per Juli	31,12	31,12
Kupfer	11,95	11,95
Zinn	13,45	13,45
Getreidefracht nach Liverpool	2,50	2,50

Chicago, 12. März.

	12.	11.
Weizen fest, per März	71,87	71,62
per Mai	72,87	72,62
Mais behauptet, per März	23,37	23,12
Pork per März	8 40	8,25
Speck short clear	4,62½	4,50

Woll-Berichte.

London, 12. März. Wollauktion. Preise unverändert.

Wasserstand.

* **Stettin**, 13. März. Im Revier 5,62 Meter = 17′ 11″.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 13. März. In einer gestern Abend stattgehabten Versammlung der Berliner Gewerkschafts-Kommission wurde betreffs der Maifeier der vorjährige Beschluß wieder einstimmig angenommen, wonach der Berliner Arbeiterschaft empfohlen wird, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Wien, 13. März. Die „Reichswehr" publizirt eine ihr aus besonders glaubwürdiger Kopenhagener Quelle zugegangene Information über die Haltung Rußlands im gegenwärtigen Stadium der Orientfrage. Nach dieser Information hat Muraview durch seine griechenfeindliche Haltung den Unwillen höchster Persönlichkeiten in Petersburg hervorgerufen. Bisher habe er zwar die Zustimmung des Kaisers für seine Ansichten gefunden, aber man könne sich nicht verhehlen, daß diese Stellungnahme gegen die Griechen und gegen das griechische Königshaus als ein sehr hoher Preis betrachtet wird, den Rußland in diesem Falle für den Frieden bezahlt und daß nur die volle Erhaltung des Friedens im Südosten Europas als Rechtfertigung für diesen Preis angesehen wird. Könne die griechische Regierung zum Frieden angehalten werden, so werde man sich in Petersburg mit dieser peinlichen Episode abfinden. Gelänge es aber nicht, den Frieden zu erhalten und komme es zu einem Kriege zwischen Griechenland und der Türkei, dann sei nicht nur eine große Aenderung des Verhaltens Rußlands, sondern auch eine schwere Erschütterung des schon jetzt ernstlich angefochtenen Ansehens des Ministers des Aeußern zu erwarten.

Wien, 13. März. Bei den gestern beendeten Wahlen sind im Ganzen 12 Sozialdemokraten gewählt worden.

Paris, 13. März. Der französische Kriegsminister hat Befehl gegeben, 200 Stück 7 bis 8jährige Maulthiere zu kaufen. Die Blätter fragen, zu welcher Expedition diese Thiere bestimmt seien.

Paris, 13. März. Der Unters